

# Sorauer Tageblatt

Telegr.: Tagesblatt Sorau Niederlausitz

(Sorauer Wochenblatt)

Fernsprecher Nummer 22 und 37

Postfach - Konto:  
Nr. 954 Berlin NW. 7

Alleiniges Publikations-Organ des Magistrats von Christianstadt a. B.

Giro-Konto  
bei Reichsbank



**Ercheinungsweise:** Täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bezugspreis (freibleibend): In Sorau in den Ausgabestellen für August 250 000 M., ins Haus gebracht 250 350 M., auf dem Lande in den Ausgabestellen der nahe Sorau gelegenen Ortschaften 250 600 M., der weiter gelegenen 250 650 M., ins Haus gebracht 500 M., mehr, durch die Post bezogen 250 000 M., einzeln, Beleggeld. — Wohnort, nur in der Geschäftsstelle Lindenstraße 2, 62 500 M. — Im Falle höherer Gewalt, Betriebsstörung, Arbeitsniederlegung oder Ausperrung hat der Bezahler keinen Anspruch auf Rückerstattung oder Nachlieferung des „Sorauer Tageblattes“ oder Rückzahlung des Bezugspreises.

**Anzeigenpreise (freibleibend):** Die 2-spaltige Kolonnenzeile für Anzeigen in der Stadt und Kreis Sorau je Millimeterhöhe 12 000 M., für auswärtige Anzeigen 24 000 M.; im Restamt je 4-spaltige Kolonnenzeile je Millimeterhöhe 30 000 M., für auswärtige 60 000 M. — Für Anzeigen, durch Fernsprecher auszugeben, wird ein Zuschlag von 100% erhoben, ohne Gewähr für Richtigkeit zu übernehmen. — Rabat nach festem Tarif, nur gültig bei Barzahlung innerhalb 10 Tagen; bei späterer Zahlung, bei Konturück und bei Erhebung durch Nachnahme erhöht jeder Anspruch auf denselben.

Nummer 201

Mittwoch, den 29. August 1923

113. Jahrgang

## Bezahlt uns oder wir bleiben!

Poincaré hat, wie gemeldet, am vergangenen Sonntag zwei Heben gehalten, für die die Einreichung von Kriegerdankmalen in Chancen und Condrecourt den Vorwand gab. In diesen Heben hat Poincaré die Formel geprägt: „Bezahlt uns oder wir bleiben.“

Am diesen Ausdruck zu begründen, stellte er eine historische Betrachtung über die deutsche Okkupation in Frankreich im Jahre 1871 an, deren Grundtendenzen ebenfalls gelaunt habe: Bezahlt uns oder wir bleiben. Poincaré hat in diesem Falle richtig zitiert. Deutschland hat am allerdingst diese These aufgestellt. Sie unterliegt sich aber wesentlich von der Poincaré, denn die deutsche Okkupation erfolgte aus Grund der von Frankreich anerkannten Friedensbedingungen und hielt sich in dem damals festgelegten Rahmen. Sie kam mit der Besetzung des Rheinlands und vor allem mit dem Einbruch ins Ruhrgebiet überhaupt nicht in Parallele gestellt werden. Die deutsche Okkupation stellte sich lediglich dar als die Garnisonierung einer deutschen Armee, die sich in der Verwaltungsangelegenheiten des okkupierten Landes nicht im entferntesten einmischte, die keinerlei Interesse daran hatte, die Bewohner des okkupierten Landes ihrer Zentralregierung abwendig zu machen oder diese gegen sie aufzufahren.

Und wie wirkt sich die französische Besetzung in den deutschen Gebieten aus? Französische Politiker haben keinen Zweifel daran gelassen, daß in der Besetzung des Rheinlandes politische Ziele verfolgt würden, die auf die Loslösung des Rheinlandes von Deutschland hinauslaufen. Die Methoden, die mit Hilfe des Systems der Bezugs- und Kreisbesetzten zur Anwendung kamen, haben gezeigt, daß die Besetzung nicht gedacht war als Garantie für die Deutschland unterlegten Zahlungen, sondern daß man sie verwendete, um den politischen Druckmitteln durch die militärische Macht größere Wirkung zu verleihen. Das französische Besetzungssystem ist auf die Zerstörung des deutschen Reichs eingestellt, das sich darin kennzeichnet, daß Frankreich bis heute die Festsetzung einer endgültigen Zahlungsverpflichtung Deutschlands abgelehnt hat, daß sein ganzes Wirken auf die Zerstörung des deutschen wirtschaftlichen Lebens hinausläuft und politische Unruhen in Deutschland hervorbringen bemüht ist.

Poincarés Worten vom Sonntag: „Zahlt uns oder wir bleiben“, wird man seine Ausübung vor französischen Journalisten im vorigen Sommer entgegenhalten können, wo er umgibt die sich abspielenden Anstrengungen Deutschlands, seinen Zahlungsverpflichtungen nachzukommen, erklärte: Wir für meinen Teil, würde es leid tun, wenn Deutschland zahlen würde; dann müßten wir das Rheinland räumen, und so würden wir den Nutzen unseres Experiments verlieren: Wir unternehmen es, friedlich, aber mit der Waffe in der Hand, die Bevölkerung am Ufer des Grenzflusses zu erobern. Halten Sie es für besser, das Geld einzukassieren, oder neue Gebiete zu erobern? Ich für meinen Teil siehe die Besetzung und die Eroberung dem Geldentziehen und der Reparierung vor. Es muß so arrangiert werden, daß unsere besiegten Gegner den Verfall der Vertrag nicht einhalten können.

Auf die deutschen Zahlungen ist es Poincaré bisher überhaupt nicht angekommen, er legt viel größeren Wert darauf, Deutschland zahlungsunfähig zu erhalten, damit er umso wirksamer seine politischen Annexionsziele durchführen kann. „Bezahlt uns, oder wir bleiben!“ Richter über diese Worte, wenn er gefragt hätte: „Wir bleiben, weil unsere Politik darauf einberuht ist, auch zahlungsunfähig zu erhalten, wir bleiben, weil wir auf die Zerstörung Deutschlands unsere Politik aufbauen.“

## Unmenschlichkeit bei Ausweisungen.

Köln, 27. August. Trotz der Verordnung des Generals Degoutte, nach der Kranke, über 60 Jahre alte Personen und hoffende Frauen über den siebenten Monat ihrer Schwangerschaft hinaus nicht mehr ausgewiesen werden sollen, befanden sich unter den am 14. August aus der Umgebung von Landau ausgewiesenen 200 Personen eine große Anzahl Kranke, Kinder, außerdem zwei hochschwangere Frauen und mehrere über 60 Jahre alte Eisenbahner. Für zwei Kinder, von denen das eine mit 41 Grad Fieber im Gipsverband lag und das andere schwere Brandwunden an beiden Unterarmen hatte, war eine Fristverlängerung für die Ausweisung beantragt worden, die jedoch von den Franzosen rücksichtslos abgelehnt wurde.

Am Freitag kam hier ein Transport von 67 Angehörigen ausgewiesener Eisenbahner durch, darunter 27 Kinder aus dem Elterer Bezirk. — In Bochum wurde der ehemalige Schupoherleutnant Schulz, in Witten der Fabrikant Wagner und in Westhofen ein Gastwirt wegen einer nichtangemeldeten Versammlung verhaftet.

Koblenz, 27. August. Hier wurden weitere 51 Eisenbahnbedienstete mit Familien ausgewiesen. Die Möbel wurden zurückgelassen. Aus Zülpich wurden vier Eisenbahner ausgewiesen.

Köln, 27. August. Im Kreise Bergheim (Frankfurt a. M.) haben die Belgier am 15. August 70 bis 80 Familien den Befehl ausgehört, entweder ihre von der Gewerkschaft Neurath und der Zeche „Victoria“ erhaltenen Bergwohnungen zu räumen oder die Arbeit auf den von der Besetzung besetzten Bergwerken sofort aufzunehmen. Die Bergleute haben daraufhin beschlossen, sofort aufzubrechen und haben den Ort bereits verlassen.

## Eine Unterredung mit dem Reichstanzler.

München, 27. August. In einer Besprechung mit dem Hauptgeschäftsführer der „Münchener Neuesten Nachrichten“ betonte Dr. Stresemann, daß seine Erklärung im Reichstag über die Selbstrechte die Aufstellung des Gemischtbündnisses sei. Er sei deshalb überrascht gewesen über die in der bayerischen Presse besonders gegenüber dem Reichsminister des Innern ausgesprochenen Befürchtungen von einer stärkeren Zentralisierung. Sollmann habe sich bereits gegen derartige Tendenzen gewandt. Auch im Reichstag habe der Kanzler nochmals auf seine und Sollmanns Erklärung hingewiesen. In der grundsätzlichen Einstellung der Reichsregierung könne somit kein Zweifel mehr bestehen. Die Praxis werde diese grundsätzliche Einstellung auszuweisen. Die jetzige Koalition sei die stärkste Zusammenfassung der parlamentarischen Kräfte, wie sie bisher im neuen Deutschland zustande gekommen sei. Sie biete der Regierung den Vorteil, ungehindert und sicher arbeiten zu können mit einer festen großen Mehrheit im Parlament, fast einer Regierung, die ihre Mehrheit vom Volk zu Hause erst suchen müsse. Eine Reihe von Umständen nur durch historische Maßnahmen gelöst werden. Mit seinen jetzigen sozialdemokratischen Ministern erlange das Reichsministerium bei großen grundlegenden Fragen auch die Zustimmung der stärksten bisher außerhalb der Regierung stehenden Partei. Es sei nämlich unrichtig, daß jetzt eine bisher nicht vorhandene starke Einflußnahme der Sozialdemokratie auf die Regierung eingetreten sei. Sie müßte jetzt durch alle Maßnahmen das Volk zusammenführen und würde die Einheit nicht durch Parteikämpfe föhren lassen. Das habe auch für das Kabinett Unno gegolten.

Die bisher abwartende Bayerische Volkspartei habe sich durch ihre Führer zumstimmend zum Programm der neuen Reichsregierung ausgesprochen. Er dürfe also auf eine Fortsetzung des von ihm als Parteiführer im Reichstag schon so angenehm empfundenen Zusammenarbeitens hoffen.

Geb. Rat Wisberg-Lewentlow, der Generaldirektor eines der größten deutschen Werke, unternehmen, habe mit Zustimmung der von ihm vertretenen Kreise die Zusammenfassung aller Kräfte, also die Große Koalition, auf dem Frühling des Sandes- und Industriezweiges stark betont. Das sei auch für ihn, den Kanzler, eine Bestätigung gewesen.

## Das schwarze Gefindel.

Trier, 27. August. In der Nacht zum Sonntag wurden der Postkaffner Reuter und dessen Schwägerin von drei Marokkanern überfallen, die mit dem Gewehrbesitzer Reuter niederlagen. Als Hilfe hinzukam, und sich nach ein Auto näherte, verließen die Marokkaner der Frau einen Schlag gegen den Kopf und flüchteten nach der Stelle, wo sie Wache gehalten hatten. Ihre Gesichter hatten sie mit Ruß geschwärzt.

## Eisenbahnerführer verhaftet.

Bochum, 27. August. Der Vorsitzende der Reichsgewerkschaft, der Eisenbahner Wischelo, sowie der Vorsitzende des deutschen Eisenbahnerverbandes Börner und ein Vertreter des Eisenbahnrates sind von den Franzosen festgenommen und nach Weimar abgeführt worden.

## Geleitnis, weil er es ablehnte, Kerkermeister zu sein.

Ende Juli wurde von den Franzosen der Förster von Meisenheim verhaftet und wegen Nichtbefolgung der Ordmanenzen dem Amtsgerichtsgefängnis in Wiesbaden zugeführt. Der Amtsgerichtsvorsteher, Amtsgerichtsrat Reuter, verweigerte die Aufnahme des Försters, wurde deshalb in Haft genommen und jetzt vom französischen Kriegsgericht zu einer Gefängnisstrafe von zwei Monaten und fünf Millionen Mark verurteilt.

## Ein neuer Mord.

Blankenstein, 27. August. In der vorgetrigen Nacht wurde die zehnjährige Pieper, die in Hensburg zur Erholung gewesen war, und zu ihren Eltern in Erden-Schwid zurückkehren wollte, von einem französischen Posten ermordet.

## Zeitungsnot.

Eisenach, 27. August. Die im Verein deutscher Zeitungsverleger Kreis Mitteleuropas organisierten Zeitungsverleger traten gestern auf der Wartung zu einer außerordentlich hart beschworenen Sitzung zusammen. Das Ergebnis der langen und ersten Beratungen war über die Kapitalfrage und Betriebsmittel der Zeitungsunternehmen nicht ausreichen, um die eingetretene und bestimmt noch eintretende Belastungen: 1. an Löshenen, die auf Grund eines Diktats des Reichsministers und einer zum Teil falschen Interpolzeit weit über Goldmark-Friedenslöshene hinaus gestiegen sind; 2. an Papierpreisen, die bei rücksichtslosen Zahlungsbedingungen in Goldmark zu entrichten sind, auch nur die allernächste Zeit hindurch zu tragen.

Die Zeitungsverleger stehen auf dem Boden des Reichsstaats. Sie halten es aber als ethische Arbeitgeber für ihre moralische Pflicht, offen zu bekennen, daß sie die Arbeitskräfte ihrer Gehilfen unter den geltenden Tarifbedingungen nicht in Anspruch nehmen können, weil ihre Einnahmen die Lohnkosten nicht zu decken vermögen. Sie haben deshalb nicht als Demonstration, sondern aus innerer Notwendigkeit sich gezwungen gesehen, ihrem Personal zu kündigen oder die Kündigung zum nächsten Termin auszusprechen. Die Zeitungen sind sich ihrer Verantwortung der Nation und der Wirtschaft gegenüber bewußt und werden nur im äußersten Notfall zu Betriebsstilllegungen scheitern, die aber unmittebar bevorstehen, wenn nicht eine Erleichterung der besetzten Lasten eintritt.

An den Reichsarbeitsminister und die zuständigen Demobilisationskommissare wird das Ergehen gerichtet, die für die Stilllegung der Betriebe vorgesehenen 4 Wochen Sperrfrist für die Zeitungen aufzuheben. Von dem Reichsfinanzminister wird erwartet, daß er mit der Organisation der Zeitungsverleger einen Weg findet, um die Beschaffung des notwendigen Zeitungspapiers noch zu ermöglichen.

Samburg, 27. August. Die „Bremer Zeitung“ wird Ende August ihr Erscheinen einstellen. Etwa 100 Seher werden dadurch brotlos. — Der „Dietrichsche Kurier“ sieht sich gezwungen, sein Erscheinen für die Zukunft auf dreimal wöchentlich zu beschränken. Zur gleichen Maßnahme wird der „Braker Welterde“ übergehen.

Der Stuttgarter Verlegerverein hat einstimmig beschlossen, angeleitet der un-

gehörten Steigerung der Buchdruckerlöhne seine Produktion einzustellen.

Stettin, 27. August. Die Katastrophe im Zeitungsgewerbe hat die gewerkschaftlichen Vertretungen der in Frage kommenden Berufs-kategorien veranlaßt, beim Regierungspräsidenten in Stettin gegen die Massenentlassungen Einspruch zu erheben. Sämtliche pommerischen Zeitungen haben beschlossen, Mittwoch keine Zeitungen mehr herauszugeben. Die jetzt erfolgten Kündigungen, die mit einigen Ausnahmen das gesamte Buchdrucktechnische Personal umfassen, würden eine Stilllegung des gesamten Stettiner Zeitungswesens bedeuten, wenn nicht gleichzeitig Mittel und Wege gefunden werden, um diesen Schlag gegen das gesamte politische und wirtschaftliche Leben abzuwehren.

## Die Gehaltsvorauszahlungen an die Beamten.

Im Reichsfinanzministerium sollten Montag nachmittag die ersten Verhandlungen über die Frage stattfinden, ob die Vorauszahlung der Beamtengehälter sich in anderer, das Reich weniger belastenden Weise regeln ließe. Die Einladung zu dieser Besprechung war jedoch so schnell erfolgt, daß ein Teil der Groß-Organisationen nicht rechtzeitig hätte erscheinen können. Zudem war es auch allen beteiligten Verbänden noch nicht möglich, eine endgültige Stellung zu dieser Frage zu nehmen, da die besonderen Verhältnisse in den besetzten Gebieten es verlangen, daß Vertreter der dortigen Beamenschaft hinzugezogen werden. Man verlagte deshalb die offizielle Aussprache mit den Regierungsvertretern bis zum kommenden Donnerstag und hofft, daß dann bereits eine Klärung, wenigstens in grober Umriss, möglich sein wird.

## Die künftige Lohnpolitik.

Während in den einzelnen Wirtschaftszweigen und Betrieben die Anpassung der Löhne und Gehälter in den letzten Wochen sich nach den verschiedenartigsten Berechnungsmethoden vollzogen hatte und dadurch manche unbilligen Lohnfestsetzungen bewirkt worden sind, ist jetzt die von der Zentralarbeitsgemeinschaft paritätisch eingeselekte Kommission zu einer Einigung über die Frage des Lohnindex gekommen. Als Grundlage der Messung für die Anpassung der Löhne und Gehälter soll der Kleinhandelsindex in der dienen, doch sollen dabei auch der Dollarstand und die Großhandelspreise berücksichtigt werden. Sollte es sich herausstellen, daß die Kleinhandelspreise der Verbrauchswerte sich wesentlich höher stellen als nach dem Dollarstand und dem Großhandelspreis zu erwarten war, so soll durch Nachzahlungen ein Ausgleich geschaffen werden. Die gemeinbare Kommission der Arbeitgeber und Arbeitnehmer ist ferner auch darin zu einer prinzipiellen Uebereinstimmung gelangt. Unter Berücksichtigung der verminderten Produktion und der allgemeinen Wirtschaftslage Deutschlands hält man zwei Drittel des Friedenslohnes für eine angemessene Grundlage für die Festsetzung des Tariflohnes.

## Goldrechnung und Einzelhandel.

Der Sania-Bund hat in eingehenden Darlegungen an den Reichstanzler und den Reichsfinanzminister darauf hingewiesen, daß es nicht angeht, im gegenwärtigen Umstellungszustand der gesamten wirtschaftlichen Rechnungsmethoden auf die Basis der Goldwährung die Schranken aufrecht zu erhalten, die Einzelhandel und Kleingewerbe an einer Preisgestaltung hindern, durch die er Anteil nimmt an der durch die Inflation in den volkswirtschaftlichen Zirkulationsprozess hineingeworfenen zusätzlichen Kaufkraft. Mit der nunmehr durchgeführten Wertsicherung der Steuerzahlungen und der bevorstehenden weitestgehenden Anpassung der Löhne an die Gesamtentwertung der bisher geforderten Wertgegenstände der Realökonomie auf die Goldwährung ist nicht mehr aufrechtzuerhalten werden, soll nicht ein wertvoller Bestandteil der deutschen Wirtschaft vernichtet werden. Der Sania-Bund hat damit erneut auf die von den Spitzenverbänden des Einzelhandels aufgestellten Forderungen hingewiesen und hat deren Anerkennung als eine selbstverständliche Folgeerscheinung aus der vom jetzigen Reichsministerium eingeleiteten Finanz- und Währungsreform bezeichnet.

## Baldwin in Aix-les-Bains.

Paris, 27. August. Der englische Premierminister Baldwin ist gestern früh 6.45 Uhr in Begleitung seiner Gattin in Aix-les-Bains eingetroffen. Ihm zu Ehren ist die Stadt in den englischen Farben geflaggt.